



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Canan Bayram
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 29. Dezember 2020

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Dezember 2020**
HIER **Arbeitsnummer 12/500**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Canan Bayram
vom 21. Dezember 2020
(Monat Dezember 2020, Arbeits-Nr. 500)

Frage

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung beispielsweise über Beteiligte, Verbindungen und Pläne der rechtsextremistischen Netzwerke einerseits in Österreich, bei dem Polizisten vom 9.-11.12.2020 über 70 halb-/automatische Schusswaffen sowie über 100.000 Schuss Munition auffanden, die laut österreichischem Innenminister Nehammer – offenbar finanziert durch Drogenlieferungen aus Deutschland – für ein dortiges rechtsextremes Netzwerk andererseits bestimmt waren, „um eine rechtsradikale Miliz aufzubauen“, aus deren Kreis in Bayern nun 2 Männer festgenommen wurden (so SZ.de 12.12.2020 <https://www.sueddeutsche.de/politik/waffen-nazis-oesterreich-deutschland-1.5145720>), und inwiefern steht unter Umständen das genannte Nazi-Netzwerk in Deutschland in Verbindung mit den 13 rechtsextremistischen Waffenkäufern in/um München, die durch einen kürzlich festgenommenen rechten deutschen Schmuggler von Waffen aus Kroatien beliefert wurden (vgl. SZ.de 11.12.2020 <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/oberbayern-waffenhandel-rechte-szene-polizei-ermittlungen-1.5144651>)?

Antwort

Die angefragten Erkenntnisse sind allesamt Gegenstand aktuell laufender Ermittlungen der Landeskriminalämter in Nordrhein-Westfalen und Bayern. Folglich kann hierzu derzeit keine Auskunft erteilt werden.

Der Bundesregierung liegen darüber hinaus keine Erkenntnisse im Zusammenhang mit einer möglichen Verbindung zwischen einem in der Frage erwähnten rechtsextremistischen Netzwerk und den in der Frage erwähnten 13 rechtsextremen Waffenkäufern vor.